

OA-Update Sanktionen – 2022/47 **Entwicklungen seit dem 12. August**

(Stand: 26. August, 12 Uhr)

Inhalt:

- **1. Aktuelle Informationen / Deutschland**
- **2. Termine**
- **3. EU-Sanktionen gegen Russland**
- **4. Russland-Gegensanktionen**
- **5. Sanktionen der USA**
- **6. Sanktionen weiterer Länder**
- **7. Auswirkungen der Krise auf die Wirtschaft (Presseauswertung)**
- **8. Informationen zur ukrainischen Wirtschaft – Beteiligungsmöglichkeiten**
- **9. Hilfsaktionen**

1. Aktuelle Informationen / Deutschland

OA-Task-Force

Informationen zu unserer **OA-Task Force** und alle bisherigen Sanktions-Updates finden Sie auf unseren Internet-Seiten: [Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Zur Task Force gehören die Geschäftsführung und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Regionaldirektionen für Russland und Osteuropa, der AG Agrarwirtschaft/German Agrobusiness Alliance sowie des Bereichs Presse und Public Affairs. Die Kontaktdaten finden Sie auf unserer Homepage unter [Kontakt](#).

Deutscher Osthandel verzeichnet Höchstwert trotz des Einbruchs im Russland-Geschäft

Trotz des schwierigen politischen Umfelds hat der deutsche Osthandel im ersten Halbjahr 2022 sowohl bei den Importen als auch bei den Exporten einen neuen Höchstwert erreicht. Dabei standen den erwarteten Exporteinbrüchen im Geschäft mit Russland (-4,4 Milliarden Euro) und Belarus (-250 Millionen Euro) insbesondere Zuwächse im Export nach Polen (+6 Milliarden Euro) und Tschechien (+3,9 Milliarden Euro) gegenüber. Der deutsche Handel mit der Ukraine sank im ersten Halbjahr um elf Prozent, wobei die Rückgänge zuletzt im Monat Juni nur noch bei fünf Prozent lagen, was auf eine weitere Stabilisierung der Lage hoffen lässt. Mit der Region Südosteuropa wurde ein solides Handelsergebnis erreicht, dynamisch entwickelte sich der deutsche Handel mit Zentralasien und dem Südkaukasus.

„Der Krieg Russlands, die Sanktionen, gerissene Lieferketten, explodierende Rohstoffpreise, Fachkräftemangel – es gibt zahlreiche Risikofaktoren für die Konjunktur, aber dennoch keinen Grund, den Kopf in den Sand zu stecken. Dass purer Pessimismus fehl am Platz ist, zeigt die positive Handelsentwicklung“, kommentierte der Geschäftsführer des Ost-Ausschusses Michael Harms die aktuellen Zahlen.

Nach den durch den Ost-Ausschuss ausgewerteten Zahlen des Statistischen Bundesamts lag das Handelsvolumen mit den 29 Ländern der Region im ersten Halbjahr 2022 wertmäßig bei fast 280 Milliarden Euro und damit um 14 Prozent über dem Ergebnis des Vorjahres (246 Milliarden Euro). Die deutschen Exporte in die Ost-Ausschuss-Länder stiegen im Vergleich zum ersten Halbjahr 2021 um über zehn Milliarden auf nun 134,8 Milliarden Euro (+8,4 Prozent), die deutschen Importe nahmen um gut 23 Milliarden Euro auf 144,5 Milliarden Euro (+19 Prozent) zu. Das für die Region ungewöhnlich große deutsche Handelsbilanzdefizit lässt sich mit den gravierend gestiegenen Beschaffungskosten für Öl- und Gasimporte aus Russland erklären.

Im Handel mit Russland gab es im ersten Halbjahr 2022 die erwartet gravierenden Veränderungen: Durch die Einführung weitreichender Sanktionen brachen die deutschen Exporte in das Land ab März massiv ein. Im Vergleich zum ersten Halbjahr 2021 sanken die

deutschen Exporte um 34,5 Prozent auf nur noch 8,3 Milliarden Euro. Ein ähnlich niedriges Niveau war zuletzt 2004 registriert worden. Gleichzeitig schnellten durch die weltweite Rohstoffpreishausse die Beschaffungskosten für Rohstoffe und Energie aus Russland in die Höhe. Im ersten Halbjahr mussten dadurch für Importe aus Russland insgesamt 22,6 Milliarden Euro aufgewendet werden, ein Plus von 51 Prozent, obwohl die Einfuhren aus Russland im selben Zeitraum mengenmäßig um fast ein Viertel zurückgingen. Durch diese gegenläufigen Entwicklungen ergibt sich im Handel mit Russland ein historisch hohes Bilanzdefizit von 14 Milliarden Euro für das erste Halbjahr 2022. Zum gleichen Zeitpunkt 2021 hatte das Defizit nur bei zwei Milliarden Euro gelegen.

Im zweiten Halbjahr 2022 dürften die deutschen Exporte nach Russland weiter sinken, da Verpflichtungen aus Altverträgen inzwischen abgearbeitet sind, die Sanktionen immer weitere Handelsbereiche betreffen und viele Unternehmen ihr Russland-Geschäft heruntergefahren haben. Nach vorläufigen Zahlen des Statistischen Bundesamts für den Monat Juli sanken die deutschen Exporte nach Russland um 56 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat auf knapp über eine Milliarde Euro. In den kommenden Monaten ist zudem auch mit signifikant sinkenden Rohstoffimporten aus Russland zu rechnen: Seit dem 10. August gilt ein Einfuhrverbot für russische Kohle, bis zum Jahresende soll auch der Import von russischem Erdöl auslaufen. Zudem hat Russland seit Juni trotz langfristig bestehender Lieferverpflichtungen den Gastransit über die Pipeline Nord Stream 1 stark reduziert.

Gegen Visa-Beschränkungen

Mit Sorge betrachtet der Ost-Ausschuss jüngste Überlegungen in der EU, die Vergabe von Schengen-Visa für russische Staatsbürger zu erschweren oder gar ganz zu stoppen. „Der Reiseverkehr zwischen der EU und Russland ist bereits auf einem Tiefpunkt. Russische Staatsbürger, die noch in die EU reisen wollen, sollten dazu ermutigt und nicht abgeschreckt werden“, äußert sich Ost-Ausschuss-Geschäftsführer Michael Harms. „Mit pauschalen Maßnahmen zur Ausgrenzung der russischen Bevölkerung und weiter eingeschränkten Gesprächsmöglichkeiten lässt sich nicht überzeugend für freie Gesellschaften werben. Wir sprechen uns dagegen für Visa-Erleichterungen aus, insbesondere um russischen Fachkräften den Weg in die EU zu ebnen.“

Positiv sei, dass die EU weiterhin Sektoren wie das Gesundheitswesen und die Landwirtschaft von Sanktionen ausgenommen habe. Auch Klimaschutzmaßnahmen in Russland wolle die EU erklärtermaßen eher fördern als behindern. „Diese Kontakte auf Feldern mit gemeinsamen Interessen sind wichtig, um weiter im Austausch zu bleiben“, so Harms. „Die zuletzt erzielte Einigung zum Schiffstransit ukrainischer Getreidelieferungen ist hier zumindest ein kleiner Hoffnungsschimmer, dass Lösungen noch möglich sind.“

Unterstützung für die Ukraine

Positiv kommentiert Michael Harms die relativ stabile Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen mit der Ukraine: Während etwa der Handel mit dem sanktionierten Belarus im ersten Halbjahr 2022 um 31,5 Prozent einbrach, gab der deutsch-ukrainische Handel trotz des Krieges nur um elf Prozent nach, wobei die deutschen Importe aus der Ukraine sogar nur um fünf Prozent sanken. „Deutsche Unternehmen in den weniger vom

Krieg betroffenen Gebieten tun alles, um Produktion und Geschäft am Laufen zu halten. Der Nachschub etwa bei Zulieferteilen für die deutsche Automobilindustrie funktioniert wieder, auch die ukrainische Landwirtschaft arbeitet hart daran, die Ernteauffälle möglichst gering und die Transportwege offen zu halten“, so Harms. „Es wäre völlig falsch, die Ukraine als Investitionsstandort abzuschreiben. Es gibt international eine hohe Bereitschaft, jetzt die ukrainische Wirtschaft zu unterstützen. Entscheidend ist ein klugstrukturierter, transparenter Wiederaufbauplan mit klaren Zielvereinbarungen“.

In diese Arbeit, die bereits mit der Wiederaufbaukonferenz im Juli in Lugano begonnen wurde, wird sich der Ost-Ausschuss mit seinem Arbeitskreis Ukraine weiter aktiv einbringen: Derzeit laufen die Vorbereitungen für die 6. Deutsch-Ukrainische Wirtschaftskonferenz, die der Ost-Ausschuss gemeinsam mit dem DIHK und der AHK Ukraine sowie in enger Abstimmung mit der Bundesregierung noch im Oktober in Berlin durchführen möchte. Sowohl aus der deutschen als auch der ukrainischen Politik und Wirtschaft wird dazu mit hochrangiger Beteiligung gerechnet. Bereits am 14. Oktober wird der Ost-Ausschuss zudem zusammen mit der GHA - German Health Alliance die Unterstützung des ukrainischen Gesundheitssystems zum Thema machen. Das German – East European & CIS Health Forum, das zum fünften Mal abgehalten wird, ist das Official Side Event für die Region Osteuropa im Rahmen des World Health Summit in Berlin.

Die vollständige Pressemitteilung sowie die dazugehörigen Tabellen finden Sie hier:

[Deutscher Osthandel verzeichnet neuen Höchstwert | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

**Ost-Ausschuss:
Arbeitsgruppen erarbeiten Konzepte zum Wiederaufbau der Ukraine**

In Anknüpfung an die Ukraine-Wiederaufbaukonferenz in Lugano Anfang Juli wird der Ost-Ausschuss gemeinsam mit seinen Mitgliedern, Trägerverbänden und weiteren Akteuren eine Arbeitsgruppe einrichten, die entlang des ukrainischen Wiederaufbauplans privatwirtschaftliche Projekte Unterstützung aus Reihen der deutschen Wirtschaft initiieren und koordinieren wird. Dazu trafen sich am 15. August erstmals interessierte Unternehmen und Verbandsvertreter aus unterschiedlichsten Branchen in der Ost-Ausschuss-Geschäftsstelle sowie online, um das weitere Vorgehen zu beraten. Ost-Ausschuss-Geschäftsführer Michael Harms sprach von „gewaltigen Herausforderungen“. Die Ukraine strebt nicht nur einen Wieder-, sondern eine umfassende Modernisierung des Landes an. Die Weichen dafür müssten schon jetzt gestellt werden. Die AG solle die „Bemühungen der Privatwirtschaft bündeln, um die öffentlichen Hilfen zu flankieren.“ Harms unterstrich die breite Unterstützung der deutschen Wirtschaft für die Ukraine. Einig waren sich die Teilnehmer, dass eine wichtige Voraussetzung zur Umsetzung des Wiederaufbaus entsprechende institutionelle Rahmenbedingungen in der Ukraine seien, etwa im Hinblick auf Ausschreibungen sowie steuerliche und finanzielle Rahmenbedingungen. Die Arbeitsgruppe soll bis Oktober in sieben thematischen Untergruppen – von Infrastruktur über Energie bis Gesundheit – einen Arbeitsplan ein Positionspapier mit Vorschlägen und

Ideen vorlegen. An einer Mitarbeit interessierte Unternehmen können sich an den Ost-Ausschuss-Regionaldirektor Stefan Kägebein wenden: s.kaegebein@oa-ev.de.

Halbjahresbericht zu Investitionsgarantien des Bundes

Angesichts des russischen Angriffs auf die Ukraine hat die Bundesregierung die Übernahme von Investitionsgarantien für Russland und Belarus im Februar 2022 bis auf weiteres ausgesetzt. Es werden für diese Länder keine Anträge mehr auf Übernahme von Investitionsgarantien bearbeitet. Zudem besteht ein EU-weites Verbot von Investitionsgarantien für Russland. Bereits bestehende Investitionsgarantien sichern deutsche Investitionen weiterhin gegen politische Risiken in Russland und Belarus ab. Mit Blick auf Anträge für Investitionsgarantien für Investitionen in der Ukraine beobachtet die Bundesregierung die aktuell dynamische Lage fortlaufend. Es ist und bleibt ihr Ziel, die Ukraine bestmöglich politisch und wirtschaftlich zu unterstützen. Über Anträge wird auf Basis der jeweiligen Risikosituation im Einzelfall entschieden. Bereits bestehende Investitionsgarantien sichern Investoren und finanzierende Banken weiterhin gegen politische Risiken in der Ukraine ab.

Das im ersten Halbjahr 2022 neu übernommene Garantievolumen betrug 1,0 Milliarden Euro (Kapital und Erträge) und fiel damit im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum (1,8 Milliarden Euro) niedriger aus, dies berichtet das Bundeswirtschaftsministerium in seinem Halbjahresbericht, der jetzt erschienen ist. Die Anzahl der übernommenen Garantien ist hingegen gestiegen (erstes Halbjahr 2022: 14; erstes Halbjahr 2021: zehn). Ursächlich für die unterschiedliche Entwicklung bei Stückzahlen und Volumina ist, dass der Bund im ersten Halbjahr 2022 zum einen vermehrt Garantien für kleinere und mittlere Unternehmen (erstes Halbjahr 2022: 29%; erstes Halbjahr 2021: 10%) und zum anderen nur wenige Garantien für Großprojekte übernommen hat. 71% des neu übernommenen Garantievolumens entfiel auf Asien, womit der Kontinent im ersten Halbjahr – wie auch in den Vorjahren – den regionalen Fokus der abgesicherten Investitionen bildete.

Das Gesamtvolumen der offenen Anträge beläuft sich Mitte 2022 auf 11,2 Milliarden Euro (Mitte 2021: 11,5 Milliarden Euro). Die größten Einzelwerte entfallen dabei auf Projekte in der Volksrepublik China (4,2 Milliarden Euro) und Russland (2,6 Milliarden Euro), die seit Jahren unter den Top 5-Märkten liegen, gefolgt von den Vereinigten Arabischen Emiraten (2,2 Milliarden Euro), Usbekistan (0,3 Milliarden Euro) und Argentinien (0,3 Milliarden Euro). Bei der Anzahl der offenen Anträge (229) liegen Projekte in Russland und in der Volksrepublik China vor der Ukraine, Indien und dem Iran. Bei den offenen Anträgen handelt es sich in der Regel um fristwährend gestellte Anträge, die von den Unternehmen sukzessive vervollständigt werden.

Zum vollständigen Bericht:

[Halbjahresbericht der Investitionsgarantien 2022](#)

Experteninterview zu Wirksamkeit der Sanktionen

Die Bundesregierung hat auf Ihrer Internetpräsenz ein längeres Interview mit dem Wirtschaftsexperten Janis Kluge von der Stiftung Wissenschaft und Politik geführt, in dem dieser Einschätzungen zu den Wirkungen der Sanktionen auf die deutsche und russische Wirtschaft gibt. Zu den Auswirkungen auf Russland sagte Kluge:

„Die russische Wirtschaft ist von Februar bis Juni 2022 um rund 6,5 Prozent geschrumpft. Man geht in Russland davon aus, dass diese Talfahrt sich bis ins nächste Jahr fortsetzt. Allerdings ist die Wirkung der Sanktionen sehr ungleich verteilt. In einigen Sektoren der russischen Wirtschaft, wie etwa der Luftfahrt oder der Autoindustrie, geht aktuell fast gar nichts mehr. Der Konsum ist ebenfalls eingebrochen, auch wenn die vollen Restaurants in Moskau das auf den ersten Blick nicht vermuten lassen. Das Geschäft mit dem Erdöl brummt aber weiterhin und auch das wenige Gas, das noch geliefert wird, bringt viel Geld. Deshalb steht auch der Staatshaushalt noch relativ gut da, trotz der Ausgaben für den Krieg und großer Hilfspakete, die wegen der Sanktionen geschnürt werden müssen.“

Hier das vollständige Interview:

[Interview: Wie wirksam sind die Sanktionen gegen Russland? | Bundesregierung](#)

Bundesnetzagentur hält Pipelinewartung für technisch unbegründet

Anfang September wird die Gaslieferung durch die Pipeline Nord Stream 1 erneut für mehrere Tage unterbrochen. Die Bundesnetzagentur sieht dahinter politische Gründe.

Für die Bundesnetzagentur ist die von Gazprom angekündigte erneute Wartung der Gaspipeline Nord Stream 1 unbegründet, berichtet Zeit-Online. „Auch diese Wartungsunterbrechung ist für uns technisch nicht nachvollziehbar“, sagte der Präsident der Netzagentur, Klaus Müller, nach einem Gespräch mit der niedersächsischen Landesregierung.

Die russischen Argumente, dass die Turbinen von Siemens Energy gewartet werden müssten, hält er für vorgeschoben. Laut Müller zeigte sich in der Vergangenheit, dass Russland „nach jeder sogenannten Wartung eine politische Entscheidung getroffen“ hat. Erst Anfang September werde sich zeigen, „ob Russland das wieder tun wird“. „Wahrscheinlich weiß das auch nur der russische Präsident an der Stelle“, sagte Müller mit Verweis auf Wladimir Putin.

Vergangene Woche hat der russische Staatskonzern Gazprom mitgeteilt, dass vom 31. August bis zum 2. September die Gaslieferung durch die Ostseepipeline Nord Stream 1 unterbrochen werde. Demnach müsse in diesen drei Tagen die einzige funktionierende Turbine der Kompressorstation Portowaja in der Nähe der russischen Stadt Wyborg überprüft und gewartet werden.

Die russische Ankündigung hatte die Gaspreise an den internationalen Börsen stark steigen lassen. Der europäische Future erreichte am Montag den Rekordwert von 292,50 Euro je MWh und wurde am Dienstag etwas niedriger bei 275,60 Euro gehandelt. Die durchschnittlichen Gaspreise in der Europäischen Union haben sich damit in nur einem Monat verdoppelt und liegen nun 14-mal höher als der Durchschnittswert der letzten zehn Jahre.

Handelsblatt: Elf Unternehmen wollen Gasumlage

Von den elf Unternehmen, die Ausgleichszahlungen über die Gasumlage beantragt haben, sind nur die wenigsten auf staatliche Hilfe angewiesen. Das zeigt die vollständige Liste der Antragsteller, die Trading Hub Europe (THE), ein Zusammenschluss mehrerer Gasnetzbetreiber, am Montag veröffentlicht hat.

Das Handelsblatt hatte bereits in der vergangenen Woche berichtet, dass neben den bereits bekannten Gashändlern Uniper, VNG und EWE auch Sefo (ehemals Gazprom Germania), OMV, Axpo, Vitol und Gunvor die Zahlungen beantragt haben. Die Schweizer Unternehmen DXT Commodities und Enet Energy sowie die Sefo-Tochter WIEH machen die Liste nun komplett.

Zwar entfallen dem Vernehmen nach 90 Prozent der geschätzten 34 Milliarden Euro aus der Umlage auf die angeschlagenen Importeure Uniper, Sefo und WIEH. Damit gingen aber immer noch 3,4 Milliarden Euro an die Krisenprofiteure. Einzig RWE, das noch auf der Liste steht, hat bereits erklärt, auf die Gelder verzichten zu wollen.

Wirkung von Sanktionen und bestehende Schlupflöcher

In dieser Deutschlandfunk-Reportage geht es um bestehende Probleme bei der Umsetzung von Sanktionen insbesondere gegen russische Oligarchen. Unter anderem wird von Experten ein weiteres Sanktionsdurchsetzungsgesetz gefordert, um Sanktionslücken schließen zu können.

[Sanktionen gegen Russland - Was rechtlich möglich ist und welche Schlupflöcher es gibt | deutschlandfunk.de](https://www.deutschlandfunk.de/sanktionen-gegen-russland-was-rechtlich-moeglich-ist-und-welche-schlupfloecher-es-gibt-10077772.html)

Unterstützungsmaßnahmen der Bundesregierung

KfW-Sonderprogramme und eine Erweiterung von Großbürgschaftsprogrammen der Bundesregierung:

[Bundesfinanzministerium - Schutzschild der Bundesregierung für von Kriegsfolgen betroffene Unternehmen startet Schritt für Schritt](#)

ad 1: [KfW-Sonderprogramm UBR 2022 | KfW](#) (a – Förderkredite; b – Konsortialkredite) – inkl. allen Details und Antragsformularen.

Ad 2: [Ukraine-Bürgschaftsprogramme der Bundesregierung \(vbw-bayern.de\)](#);

Antragsberechtigung

Das in der Regel auf Unternehmen in strukturschwachen Regionen beschränkte Großbürgschaftsprogramm wird für Unternehmen außerhalb dieser Regionen geöffnet, um nachweislich von Sanktionen gegenüber Russland oder Belarus oder von den Kriegshandlungen in der Ukraine betroffenen Unternehmen beim Erhalt von Krediten zu unterstützen.

Betroffenheit liegt insbesondere vor bei Produktionsausfällen/Schließung von Produktionsstätten in Ukraine, Russland, Belarus oder fehlenden Rohstoffen oder Vorprodukten oder gestiegenen Energiekosten (Energiekostenanteil mindestens drei Prozent vom Jahresumsatz 2021).

Konditionen

Ermöglicht wird die Absicherung von Betriebsmittelfinanzierungen und Investitionen ab 20 Millionen Euro Bürgschaftsbedarf in strukturschwachen Regionen und ab 50 Millionen Euro außerhalb strukturschwacher Regionen. Die maximale Bürgschaftsquote beträgt bis zu 80 Prozent, bei besonderer Betroffenheit bis zu 90 Prozent.

Antragstellung

Den Antrag stellen Sie über Ihre Hausbank.

Einen allgemeinen Überblick zu Maßnahmen der Bundesregierung finden Sie hier:
[Bundesfinanzministerium - Maßnahmenpaket der Bundesregierung für vom Krieg betroffene Unternehmen](#)

Gewinnung russischer Fachkräfte - Informationsangebote

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft setzt sich in engem Austausch mit der Bundesregierung für die Verbesserung der Rahmenbedingungen für hochqualifizierte Fachkräfte aus Russland ein. Dabei geht es einerseits um Beschleunigung der Visaverfahren für Relokation von Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter deutscher und internationaler Unternehmen nach Deutschland sowie um schnelle Verfahren für neu rekrutierte Fachkräfte.

„Kurzinformationen für Arbeitgeber“ sind zu diesem Thema auf dem Portal „[Make it in Germany](#)“ unter dem Link [Gewinnung und Beschäftigung von russischen Fachkräften \(make-it-in-germany.com\)](#) abrufbar.

Bei Rückfragen zu diesem Thema stehen Ihnen als Ansprechpartnerinnen im Ost-Ausschuss [Petya Hristova](#), Leiterin des Arbeitskreises Fachkräftesicherung, und [Dr. Christiane Schuchart](#), Regionaldirektorin Russland, sehr gern zur Verfügung

Informationen der Bundesregierung zum Krieg in der Ukraine

Auf dieser Seite hat die Bundesregierung ihr Informationsangebot zu aktuellen Entwicklungen gebündelt:

[Krieg in der Ukraine - aktuelle Informationen | Bundesregierung](#)

Bundeswirtschaftsministerium – Kontakte zu Sanktionsfragen/Russlandthemen

- Rohstoffe: buero-ivb5@bmwi.bund.de
- Sanktionsbezogene Fragen: sven.sattler@bmwi.bund.de
- VB2 (Sanktionen), E-Mail: Buero-VB2@bmwi.bund.de
- Energieversorgung im BMWK: buero-iiib6@bmwi.bund.de

Euler Hermes – Russland und Belarus – Infoseite:

[Russland - Ukraine - AGA-Portal \(agaportal.de\)](#)

Übersichtsseite des BAFA zu Russland-Sanktionen

[BAFA - Russland](#)

Sanktionsübersicht der deutschen Zollbehörde

Der deutsche Zoll hat auf seiner Internetseite konsolidierte Fassungen zu den europäischen Sanktionsverordnungen gegen Russland und Belarus eingestellt:

Russland:

[https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eu_833_2014.pdf?__blob=publicationFile&v=9\)](https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eu_833_2014.pdf?__blob=publicationFile&v=9)

Belarus:

https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eg_765_2006.pdf?__blob=publicationFile&v=19

GTAI-Sanktionsübersicht

Über diese Internet-Seite von Germany Trade&Invest finden Sie die wichtigsten Sanktionsübersichten: [Russland-Ukraine-Konflikt \(gtai.de\)](#)

2. Terminübersicht

6./7. September: Deutsch-Kasachischen Business-Forum und Wasserstoffkonferenz

Unter dem Motto "Adaptation to the New Rules of Global Business – Common Opportunities in the Mechanical Engineering, Energy and Logistics" findet am 6. September von 10:00 – 12:00 Uhr in Nur-Sultan ein Deutsch-Kasachisches Business-Forum statt, zu dem Sie der Ost-Ausschuss herzlich einlädt.

Der 1. Vize-Premierminister Kasachstans Roman Sklyar und weitere Politik- und Unternehmensvertreter aus beiden Ländern werden an dem Forum teilnehmen. Bei Fragen zum Programm und zur Anmeldung melden Sie sich beim Regionaldirektor des Ost-Ausschusses für Zentralasien Herrn Eduard Kinsbruner (tel. 030-206167-114 oder per E-Mail: e.kinsbruner@oa-ev.de).

Außerdem möchten wir Sie auf die von der Deutschen Energie-Agentur (dena) und der Deutschen Wirtschaftsmission in Zentralasien im Auftrag und mit Unterstützung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) im Rahmen des zwischenstaatlichen Energiedialogs Kasachstan-Deutschland organisierte Konferenz „**Kasachstan-Deutsche Wasserstoffkooperation: Status Quo und Perspektiven**“ hinweisen. Während der Veranstaltung wird die dena die Erfahrungen zur Unterstützung der Entwicklung des Wasserstoffmarktes in Kasachstan vorstellen, die in diesem Jahr in thematischen Expertenseminaren mit wichtigen Akteuren Kasachstans gemacht wurden.

Die Konferenz findet am 7. September 2022 in Almaty statt. Bei weiteren Fragen dazu wenden Sie sich bitte an Frau Olga Petrenko (olga.petrenko@ahk-za.kz, +7 727 356 1061-103).

7. September: Online-Event „Deckungspraxis Russland, Belarus und Ukraine“ 8:30 – 9:30 Uhr

Angesichts des russischen Angriffs auf die Ukraine hat die Bundesregierung am 24.2.2022 die Übernahme von Exportkreditgarantien (Hermesdeckungen), Garantien für Ungebundene Finanzkredite und Investitions Garantien des Bundes für Russland und Belarus bis auf Weiteres ausgesetzt. Am 26.2.2022 ist zudem ein EU-weites Verbot von Exportkredit- und Investitions Garantien für Russland in Kraft getreten.

Es werden für Russland und Belarus keine Anträge auf Übernahme von staatlichen Garantien bearbeitet. Bereits bestehende Exportkredit- und Investitions Garantien sichern Exporteure, finanzierende Banken und Investoren weiterhin gegen Zahlungsausfälle und politische Risiken in diese Länder ab.

In einem Online-Update informiert die Euler Hermes AG über die aktuellen Entwicklungen zu Russland, Belarus und die Ukraine sowie über die Auswirkungen auf die Deckungspraxis und beantwortet Ihre Fragen.

Am 7. September 2022 ab 8:30 Uhr begrüßen Sie

- Felix Brücher, Head of Department Market, Exportkreditgarantien des Bundes, Euler Hermes AG
- Martina Kelbe, Head of Department Wholeturnover Cover 2, Exportkreditgarantien des Bundes, Euler Hermes AG

Weitere Informationen und Anmelde­möglichkeit:

[Online-Event Deckungspraxis Russland und Belarus 2022 - AGA-Portal \(agaportal.de\)](https://www.agaportal.de/online-event-deckungspraxis-russland-belarus-2022)

Übersicht über alle anstehenden Veranstaltungen:

[Veranstaltungen - AGA-Portal \(agaportal.de\)](https://www.agaportal.de/veranstaltungen)

15. September: Gemeinsamen Sitzung der OA-Arbeitskreise Fachkräftesicherung und Russland, 09:30-10:30 Uhr via Microsoft Teams

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft setzt sich in engem Austausch mit der Bundesregierung für Verbesserung der Rahmenbedingungen für hochqualifizierte Fachkräfte aus Russland ein. Die gemeinsame Sitzung der Arbeitskreise Fachkräftesicherung und Russland hat zum Ziel, eine Plattform zum Unternehmensaustausch zu diesem Thema anzubieten sowie Einschätzungen und Vorschläge zu den bereits eingeführten Maßnahmen zu bündeln. Bitte beachten Sie, dass die Sitzung der Chatham-House-Regel folgt. **Die Moderation übernimmt der Sprecher des Arbeitskreises Fachkräftesicherung Enrico Rühle (Festo Didactic SE).**

Bei Interesse an einer Teilnahme melden Sie sich bitte bis zum 12. September bei [Petya Hristova](mailto:petya.hristova@agaportal.de) oder [Dr. Christiane Schuchart](mailto:christiane.schuchart@agaportal.de).

3. EU-Sanktionen gegen Russland (Entwicklung seit dem 05. August)

Weiter Streit über EU-Visabann für Russen

Der Chef der EU-Außenpolitik, Josep Borrell, hat laut Politico Anfang dieser Woche den Vorschlag eines vollständigen Einreiseverbots für russische Staatsbürger in die EU abgelehnt.

Allen Russen die Einreise in die EU zu verbieten, „ist keine gute Idee“, sagte Borrell. „Wir müssen selektiver vorgehen.“

Während einer Universitätskonferenz in Spanien sagte Borrell, dass die Idee, die von hochrangigen Politikern in Kiew und verschiedenen EU-Ländern vorangetrieben wurde, „ziemlich umstritten“ sei und zu einer Spaltung zwischen den Hauptstädten führen würde, da einige Länder Reiseverbote einführen, ohne sich auf EU-Ebene damit auseinanderzusetzen.

Borrell fügte hinzu, dass russischen Oligarchen im Rahmen verschiedener Sanktionspakete bereits die Einreise in die EU untersagt worden sei, warnte jedoch davor, den Vorschlag auf alle Russen auszuweiten, da es viele Russen gebe, die aus ihrem Land fliehen wollten, weil sie nicht in dieser Situation leben wollten.

„Mehr als 300.000 Russen sind aus ihrem Land [geflohen], weil sie nicht unter der Herrschaft von [Russlands Präsident Wladimir] Putin leben wollen. Sollen wir die Tür für diese Russen schließen? Ich glaube nicht, dass das eine gute Idee ist“, sagte er.

Borrells Äußerungen kommen zu einem Zeitpunkt, an dem die EU-Außenminister nächste Woche in Prag über die Abschaffung von Reisevisa diskutieren werden, wobei das Thema zu Spannungen zwischen den EU-Ländern führt.

Zypern und Griechenland haben sich der Position des deutschen Bundeskanzlers Olaf Scholz angeschlossen und lehnen eine Visasperre für russische Touristen ab, während andere Länder, allen voran die baltischen Staaten, Finnland und die Tschechische Republik, ein vollständiges Reiseverbot fordern und damit den Appellen des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Zelenskyy folgen.

In einem Interview mit POLITICO forderte Estlands Außenminister Urmas Reinsalu erneut, die Schengen-Visa für Russen zu streichen, während der Kreml in der Ukraine einen „Völkermord“ begehe.

Am Montag wiederholte der tschechische Außenminister Jan Lipavsky die Forderung, die Visaerleichterungsabkommen der EU mit Russland und Weißrussland auszusetzen, die das Verfahren für die Ausstellung von Visa vereinfacht haben.

Unterdessen haben in Deutschland auch verschiedene Politiker der CDU ein Ende der Visavergabe an russische Touristen gefordert. Der CDU-Europapolitiker Dennis Radtke sagte

der "Bild"-Zeitung, es sei unerträglich, dass Russen in Europa Urlaub machen und ihr Geld verjubeln, als wäre nichts geschehen.

Und die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Andrea Lindholz, meinte: "Urlaubsziele dürfen in Putins Russland nicht länger Paris und Porto, sondern Pjöngjang und Peking heißen." Die Bundesregierung dürfe sich dabei nicht wieder gegen die europäischen Partner stellen, so Lindholz.

Der Grünen-Vorsitzende Omid Nouripour kritisierte die Forderung der Unionspolitiker, äußerte aber auch Verständnis. Er verstehe die Gefühle derjenigen, die wegen des brutalen Angriffs auf die Ukraine touristische Reisen russischer Bürger in die EU unterbinden wollten, so Nouripour in einem Gespräch mit der Deutschen Presse-Agentur. Auch angesichts der hohen Zustimmung für Präsident Wladimir Putin in Russland, müsse man klarmachen, dass "das so nicht geht".

Auf der anderen Seite sei das Erleben von Rechtsstaatlichkeit in den Staaten der Europäischen Union etwas, was sehr, sehr hilfreich sei, gerade gegen solche Diktaturen. Anstatt alle Russen auszusperrten, müsse mehr unternommen werden, damit diejenigen, die Putin aktiv unterstützten, nicht mehr in die EU reisen könnten, sagte Nouripour

Seit Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine sind nach Angaben der EU-Grenzschutzagentur Frontex fast eine Million russische Staatsbürger in die EU eingereist. Vom Tag des Einmarschs am 24. Februar bis zum 22. August waren es genau 998 085 russische Staatsbürger, wie ein Frontex-Sprecher am Donnerstag der Deutschen Presse-Agentur mitteilte. In der Woche vom 16. August bis zum 22. August sei die Zahl der Einreisen im Vergleich zur Vorwoche geringfügig zurückgegangen.

[Brussels shies away from total Russian EU visa ban – POLITICO](#)

[Visavergabe an Touristen: Union fordert Einreiseverbot für Russen | tagesschau.de](#)

Analysen der SWP und des ECFR zu Visa-Restriktionen für Russen

Der Rat der EU-Außenminister soll Ende August darüber beraten, ob die Möglichkeiten für russische Staatsbürger, in die Schengen-Zone einzureisen, stark beschränkt werden sollen. Mehrere nord- und osteuropäische Staaten haben bereits weitreichende Maßnahmen veranlasst und finden hierfür eine wachsende Unterstützung in der EU. Deutschland hingegen weist bislang Restriktionen bei der Visavergabe zurück und begründet dies mit der Situation russischer Regimekritiker. Auch wenn es bei der Einreisekontrolle und beim Aufenthaltsrecht nationale Ermessensspielräume gibt, sollte eine konvergente europäische Regelung vereinbart werden, heißt es in dieser SWP-Analyse zum Thema von Raphael Bossong. Der EU-Visakodex biete hinreichend Ansatzpunkte, um touristische Reisen erheblich einzuschränken. Ein umfassender Einreisestopp wäre hingegen unverhältnismäßig, auch weil die Vergabe humanitärer Visa kaum ausgeweitet werden wird.

[Einreisebeschränkungen für russische Staatsbürger. Optionen für eine rechtmäßige und koordinierte Regelung in der Schengen-Zone \(swp-berlin.org\)](#)

Auch das European Council on Foreign Relations (ECFR) hat sich mit den Forderungen nach einem Visa-Bann für russische Staatsbürger beschäftigt und sieht dessen Auswirkungen auf die Stimmung in Russland eher kritisch. Ein Visa-Bann würde eher dem Kreml und seinen Zielen nutzen.

„Das europäische Projekt basiert auf Offenheit und Nicht-Diskriminierung - auch wenn die Union in den letzten Jahren in ihrer Migrationspolitik manchmal von diesen Werten abgewichen ist. Ein Visumverbot würde auf keinen Fall zu einem Sieg der Ukraine vor Ort beitragen. Es wäre besser für die EU, sich auf die Dinge zu konzentrieren, mit denen dieses Ziel erreicht werden kann: die Aufrechterhaltung und Durchsetzung von Sanktionen gegen Russland, die dessen Fähigkeit zur Aufrechterhaltung seiner Kriegsanstrengungen einschränken würden, die Unterstützung der wirtschaftlichen, sozialen und finanziellen Widerstandsfähigkeit der Ukraine und die Versorgung der Ukraine mit den Waffen, die sie zur Fortsetzung des Kampfes benötigt. Die EU sollte sich darauf vorbereiten, diese Maßnahmen im Laufe der Zeit aufrechtzuerhalten, anstatt symbolische, aber unwirksame Maßnahmen einzuführen.“

[Unmoved: Why a ban on Russians' visas won't help – European Council on Foreign Relations \(ecfr.eu\)](https://www.ecfr.eu/unmoved-why-a-ban-on-russians-visas-won-t-help)

Neue Leitfäden zu EU-Sanktionen

Im August hat die Europäische Kommission neue Leitfäden veröffentlicht, die die Umsetzung der EU-Sanktionen gegen Russland erleichtern sollen. Dazu gehören Leitlinien für die Einfuhr, den Kauf und den Transfer von börsennotierten Waren sowie für Zentralverwahrer.

Weitere Informationen über alle EU-Maßnahmen, die im Zusammenhang mit der russischen Aggression gegen die Ukraine ergriffen wurden, sowie die Leitfäden finden Sie hier.

[Sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine \(europa.eu\)](https://europa.eu/sanctions-adopted-following-russia-s-military-aggression-against-ukraine)

FAQ der Europäischen Kommission zu Russland-Sanktionen

Eine konsolidierte Version der FAQ zu den Russland-Sanktionen ist hier zu finden (Stand 22.7.): [Consolidated version of the frequently asked questions concerning sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine \(europa.eu\)](https://europa.eu/consolidated-version-of-the-frequently-asked-questions-concerning-sanctions-adopted-following-russia-s-military-aggression-against-ukraine)

Übersichtsseite der EU zu allen Sanktionsentwicklungen:
[EU restrictive measures against Russia over Ukraine \(since 2014\) - Consilium \(europa.eu\)](https://europa.eu/eu-restrictive-measures-against-russia-over-ukraine-since-2014)

Praktiken der EU für die wirksame Umsetzung restriktiver Maßnahmen:

[June-2022- -EU-Best-Practices-for-the-effective-implementation-of-restrictive-measures.pdf \(europeansanctions.com\)](#)

Liste der EU-Personensanktionen

[EU-Sanktionen: Kommission veröffentlicht Liste mit Einreiseverboten \(europa.eu\)](#)

Keine EU-Sanktionen im Agrarsektor

Mit diesem Faktenblatt informiert die EU darüber, dass es keine direkten Sanktionen gegen den russischen Agrarsektor gibt, um die Nahrungsmittelversorgung und Exporte nicht zu gefährden. Allerdings wird als indirekte Folge weiterer Sanktionen zunehmend über Lieferprobleme bei Ersatzteilen für Landmaschinen berichtet.

[Agrifood trade and EU sanctions \(europa.eu\)](#)

Sanktionskarte der EU

[EU Sanctions Map](#)

Alle Entwicklungen in der Übersicht:

[Sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine | European Commission \(europa.eu\)](#)

4. Russland-Gegensanktionen

Diskussion über Einfuhrverbote für LKW in Russland

Ab 1. Oktober plant Russland ein LKW-Einreiseverbot für Fahrzeuge aus der EU als Gegensanktion gegen entsprechende Maßnahmen, die die EU im April eingeführt hatte. Das russische Industrieministerium hat nun Ausnahmegenehmigungen für Transporte aus der EU vorgeschlagen, sofern die LKW bestimmte Kategorien an Waren transportieren. Nach Informationen der Tageszeitung Iswestija betrifft dies pharmazeutische und medizinische Produkte, verderbliche Güter sowie Waren, die besondere Lagerbedingungen erfordern.

Demnach bereitet das russische Industrie- und Handelsministerium derzeit eine Liste von Waren vor, die nach einem Durchfahrtsverbot für europäische Lastwagen nach Russland eingeführt werden können. Dies teilte der Pressedienst des Ministeriums am 22. August mit.

"Das Ministerium für Industrie und Handel der Russischen Föderation hat in seinem Zuständigkeitsbereich einen Vorschlag für eine Liste von Waren erstellt, deren Merkmale die Möglichkeit ihres Transports auf der Straße mit Umladung oder Umladung an der Grenze aufgrund des Risikos des Verlusts von Qualitätsmerkmalen ausschließen", - berichtet "RIA Novosti".

Die Liste der Ausnahmen umfasst zum Beispiel Produkte der pharmazeutischen und medizinischen Industrie sowie verderbliche Waren und solche, die besondere Lagerbedingungen erfordern.

Außerdem müssen laut "Iswestija" europäische Lastwagen mit Milchprodukten, Lebensmitteln, medizinischen und pharmazeutischen Erzeugnissen, Alkohol und anderen Waren ohne Umladung nach Russland einreisen.

Die russische Regierung prüft die Möglichkeit, die Einreise für europäische Fluggesellschaften zu beschränken. Nach den Plänen sollen die von ihnen beförderten Einfuhren an der Grenze umgeladen werden. Das Verbot könnte bereits am 1. Oktober eingeführt werden.

Am 2. Juni wurde berichtet, dass die Fluggesellschaften aufgrund der antirussischen Sanktionen bereits 68 Milliarden Rubel zu viel bezahlt haben. Wenn sich die Situation nicht ändert, werden sich die zusätzlichen Kosten für Exporteure und Importeure bis Ende des Jahres auf 265 Milliarden Rubel belaufen. In diesem Fall beläuft sich der Gesamtbetrag der zu viel gezahlten Beträge auf 333 Milliarden Rubel.

Am 11. April äußerte sich Alexei Misailov, Leiter der Geschäftsentwicklung von FM Logistic in Russland, gegenüber der Zeitung Izvestia über mögliche Verschiffungspläne im Zusammenhang mit den EU-Sanktionen. Ihm zufolge ist es möglich, über Transitländer zu versenden, unter denen die Türkei hervorzuheben ist. Dies ist jedoch mit längeren Fristen und hohen Lieferkosten verbunden.

Am 9. April hatten die Zollbehörden der EU-Staaten, die an Russland und Weißrussland grenzen, unter Berufung auf das fünfte Sanktionspaket erklärt, keine in diesen Ländern zugelassenen Fahrzeuge mehr in die EU einreisen zu lassen. Die Sanktionen betreffen das Verbot des Straßengüterverkehrs im Gebiet der EU, einschließlich des Transitverkehrs. Es wurde festgestellt, dass die Beschränkungen noch nicht für den Transport von pharmazeutischen und medizinischen Produkten sowie von Lebensmitteln und landwirtschaftlichen Erzeugnissen, einschließlich Weizen, gelten.

[Минпромторг готовит исключения для перевозимых грузовиками из ЕС товаров в РФ | Новости экономики | Известия | 22.08.2022 \(iz.ru\)](#)

[Минпромторг предложил исключения из запрета на въезд фур из Евросоюза — РБК \(rbc.ru\)](#)

Dekret 520 – derzeitiger Stand

Wie bereits in Update 46/2022 berichtet, erläßt der russische Präsident am 10. August das Dekret 520, das ein zunächst befristetes Verbot von Transaktionen mit bestimmten Vermögenswerten, wie z. B. Wertpapieren bestimmter russischer Unternehmen und Beteiligungen an bestimmten russischen Investitionsprojekten, verhängt, wenn diese Wertpapiere und Beteiligungen im Besitz von Personen aus den so genannten „unfreundlichen Staaten“ oder von Personen sind, die von solchen Staaten kontrolliert werden. Zu den Vermögenswerten gehören Anteile an bestimmten russischen Großunternehmen, Energie- und Erdölunternehmen und -projekten sowie russischen Banken.

Das neue Verbot schränkt die Möglichkeiten von Investoren ein, sich ohne ausdrückliche Genehmigung des russischen Präsidenten von ihren russischen Investitionen zu trennen oder ihre russischen Beteiligungen umzustrukturieren. Geplant war, innerhalb einer kurzen Frist eine Liste von Investitionen/Unternehmen zu erstellen, die von dem Dekret betroffen sein sollen. Bislang ist diese Liste aber in Russland nicht veröffentlicht worden.

Eine deutsche Fassung des Dekrets ist, wie bereits gemeldet, beim Ost-Ausschuss abrufbar, ebenso eine Sammlung mit russischen Meldungen zum Thema. Eine Übersicht über die geplanten Maßnahmen in englischer Sprache finden Sie auf dieser Seite der Kanzlei Morgan Lewis:

[Update: Russia Introduces Ban Restricting Ability of Investors to Exit from Russian Investments in Certain Industries – Publications | Morgan Lewis](#)

Zahlungen für Transitverkehr durch Litauen offenbar gesichert

Laut einem Bericht der Zeitung Iswestija wurde inzwischen ein Mechanismus gefunden, wie russische Unternehmen Zahlungen für Transitleieferungen durch Litauen auch in Zukunft abwickeln können. Dies ist wichtig, um den Transit nach Kaliningrad aufrechterhalten zu können. Die Alternative ist nötig geworden, weil der gängige Weg über die litauischen Šiauliai Bank aufgrund von Sanktionen nicht mehr zur Verfügung steht.

Transitzahlungen in das Kaliningrader Gebiet könnten demnach nicht nur über die Šiauliai Bank abgewickelt werden. Dies teilte die Regionalregierung von Kaliningrad am 22. August mit.

„Es wurde ein alternativer Mechanismus für die Bezahlung des Kaliningrader Transits durch Litauen gefunden, den viele Unternehmen bereits nutzen“, erklärte Dmitri Lyskow, Leiter des russischen Pressedienstes, gegenüber RIA Novosti.

Gleichzeitig habe das Ministerkabinett aber nicht präzisiert, wie genau die Zahlung unter Umgehung der Siauliai Bank erfolgen soll.

Am 15. August forderte der russische Geschäftsträger in Litauen, Sergej Rjabokon, die Litauen auf, die Bezahlung des Transits nach Kaliningrad nicht länger zu behindern. Er sagte, die Russische Föderation habe dem litauischen Außenministerium eine Note im Zusammenhang mit der Beendigung der Zusammenarbeit der Šiauliai Bank mit Russland übermittelt.

Die Regierung des Kaliningrader Gebiets gab bekannt, dass die Entscheidung der litauischen Siauliai-Bank, den Rubelverkehr mit Russland einzustellen, keine Auswirkungen auf den Eisenbahntransit in die Region haben wird. Sie erklärten, dass schon vorher die Rechnungen für die Bedienung in Fremdwährung ausgestellt wurden.

Laut einem Bericht von Euractiv bestätigte inzwischen auch das litauische Außenministerium, dass es zum 1. September keine Probleme mit den Zahlungen für den Transit russischer Güter über Litauen nach Kaliningrad geben werden. „Nach den mir bekannten Informationen sollten die Probleme bei der Abwicklung gelöst sein“, sagte Litauens Außenminister Gabrielius Landsbergis gegenüber Reportern im Plenarsaal des Parlaments. Sanktionen auf Zahlungen für den Transit russischer Waren gelten nicht, so der Minister. „Die staatliche Gesellschaft [Litauische Eisenbahnen, LTG] und vielleicht die staatlichen Institutionen, die sie beaufsichtigen – das Ministerium für Verkehr und Kommunikation – sind für die Zahlung verantwortlich“, sagte er.

[В Калининграде нашли альтернативный механизм оплаты транзита Литве | Новости экономики | Известия | 22.08.2022 \(iz.ru\)](#)

[Litauische Außenminister: Probleme bei Kaliningrad-Transitzahlungen gelöst – EURACTIV.de](#)

Weitere Meldungen zu Russland:

Putin ordnet Vergrößerung der russischen Armee an

Ein halbes Jahr nach dem Einmarsch in die Ukraine hat Kremlchef Wladimir Putin nach Informationen der dpa die Vergrößerung der russischen Armee angeordnet. Ab 2023 soll die Armeestärke insgesamt mehr als zwei Millionen Menschen umfassen, wie aus einem am Donnerstag veröffentlichten Dekret hervorgehen soll. Allein die Zahl der Militärs - dazu zählen sowohl Vertragssoldaten als auch Wehrdienstleistende - soll um 137 000 auf rund 1,15 Millionen erhöht werden. Bei den restlichen Militärangehörigen handelt es sich um sogenanntes Zivilpersonal, also zum Beispiel Verwaltungsangestellte. Eine offizielle Begründung für die Vergrößerung wurde nicht genannt.

Lukaschenko gratuliert Ukraine zum Unabhängigkeitstag

Der belarussische Machthaber Alexander Lukaschenko hat der Ukraine zum Unabhängigkeitstag am 24. August gratuliert. „Ich bin mir sicher, dass die heutigen Widersprüche das jahrhundertlange Fundament guter nachbarschaftlicher Beziehungen zwischen den Völkern beider Länder nicht zerstören können“, sagte er laut einer Mitteilung des belarussischen Präsidentenamts. Belarus werde „auch weiterhin“ dafür einstehen, „Eintracht und die Entwicklung freundschaftlicher, respektvoller Kontakte auf allen Ebenen“ zu wahren. „Das Oberhaupt des belarussischen Staats hat den Ukrainern einen friedlichen Himmel, Toleranz, Mut, Kraft und Erfolg bei der Wiederherstellung eines würdevollen Lebens gewünscht“, heißt es abschließend in der Mitteilung.

Autokonjunktur bricht ein

Die Inlandsnachfrage nach Pkw und Lkw in Russland ist im ersten Halbjahr 2022 nach Informationen der Nesawissimaja Gazeta im Vergleich zum Vorjahreszeitraum – auch aufgrund der veränderten geopolitischen Lage – um 55 Prozent zurückgegangen. Dies geht aus einem Strategiepapier zur Entwicklung der Automobilindustrie Russlands bis 2035 hervor, der vom Ministerium für Industrie und Handel ausgearbeitet wurde. Als weitere große Herausforderungen für die russische Automobilindustrie werden darin die Aussetzung einiger Fahrzeugproduktionen, die in erster Linie mit der Entscheidung ausländischer Hersteller zusammenhängt, den russischen Markt zu verlassen, sowie Schwierigkeiten bei der Versorgung mit wichtigen Komponenten und Materialien genannt.

Aufkündigung von Städtepartnerschaften

Laut einem Bericht der Zeitung Iswestija haben einige Städte aus dem Baltikum, Polen und Finnland bereits ihre Partnerschaften mit russischen Städten gekündigt. Unter Berufung auf die Russische Botschaft in Deutschland hieß es, dass rund 100 deutsche Städte

Partnerschaften mit russischen Städten aufgebaut hätten. Nur Düsseldorf habe bislang Konsequenzen gezogen und lasse seiner Partnerschaft mit Moskau ruhen. Berlin überlege noch.

AEB: Sanktionsübersicht

Eine Übersicht zur Sanktionsentwicklung in Russland, FAQ und Unterstützungsmöglichkeiten finden Sie auf dieser der Internetseite der Association of European Businesses AEB in Russland:

[News \(aeb.rus.ru\)](https://www.aeb.rus.ru/)

AHK Belarus Krisenhotline

+375 44 775 00 74 (Telegram, Viber, WhatsApp)

Von Montag bis Sonntag von 07.00 bis 21.00 Uhr MEZ (08.00 – 22.00 Uhr Minsker Zeit) erreichbar

5. Sanktionen der USA

Zwei neue General Licences

Das OFAC hat am Freitag (19. August 2022) zwei Russland-bezogene Allgemeine Genehmigungen (GLs) erteilt (Bekanntmachung):

General Licence 50, „Authorising the Closing of Individual Accounts at Financial Institutions Blocked Pursuant to Executive Order 14024“, die alle Transaktionen genehmigt, die üblicherweise anfallen und notwendig sind für:

-die Schließung eines Kontos einer nicht gesperrten Person ("Kontoinhaber") bei einem gemäß der Executive Order 14024 gesperrten Finanzinstitut, unabhängig von dessen Standort; und

-die Entsperrung und pauschale Überweisung aller verbleibenden Gelder und sonstigen Vermögenswerte auf dem Konto an den Kontoinhaber, auch auf ein Konto des Kontoinhabers bei einem nicht gesperrten Finanzinstitut.

General Licence 38A, „Genehmigung von Transaktionen im Zusammenhang mit Rentenzahlungen“, die GL 38 aufhebt und ersetzt und alle Transaktionen genehmigt, die üblicherweise mit der Abwicklung von Rentenzahlungen an US-Personen/Unternehmen sowie an Nicht-US-Personen/Unternehmen, die nicht in Russland ansässig sind, verbunden und notwendig sind.

[Counter Narcotics Designations Removals; Transnational Criminal Organizations Designations Removals; Issuance of Russia-related General Licenses | U.S. Department of the Treasury](#)

6. Sanktionen weiterer Länder

Australien

Das australische Ministerium für auswärtige Angelegenheiten und Handel gab am 15. August 2022 bekannt, dass es einen Gesetzesentwurf veröffentlicht hat, der ein Einfuhrverbot für Gold aus Russland in Form von Rohgold, Halbzeug oder Pulver vorsieht. Das Verbot würde sich nicht auf Gold erstrecken, das vor dem Inkrafttreten der Rechtsvorschriften aus Russland ausgeführt wurde.

[Russia – New Designation under the Autonomous Sanctions Regulations 2011 | Australian Government Department of Foreign Affairs and Trade \(dfat.gov.au\)](#)

Großbritannien

Report über Auswirkungen der Sanktionen

Das britische Office for National Statistics (ONS) hat einen Bericht über die Auswirkungen der Sanktionen als Reaktion auf Russlands Aggression gegen die Ukraine auf den Handel des Vereinigten Königreichs mit Russland ab Juni 2022 veröffentlicht. Die wichtigsten Ergebnisse sind:

- Die Einfuhren von Waren aus Russland beliefen sich im Juni 2022 auf insgesamt 33 Millionen Pfund, ein Rückgang von 96,6 Prozent im Vergleich zu den durchschnittlichen monatlichen Einfuhren in den 12 Monaten bis Februar 2022. Die Einfuhren sind auf dem niedrigsten Stand seit Beginn der Aufzeichnungen im Januar 1997.
- Zum ersten Mal seit Beginn der Aufzeichnungen wurden im Juni 2022 keine Kraftstoffe aus Russland importiert. Die Importeure haben in den letzten Monaten Alternativen aus Saudi-Arabien, den Niederlanden, Belgien und Kuwait gesucht.
- Die Einfuhren aller Rohstoffe gingen im Vergleich zum Monatsdurchschnitt der 12 Monate bis Februar 2022 zurück.
- Obwohl die Ausfuhren nach Russland im Juni Vergleich zum Mai 2022 leicht gestiegen sind, sind sie im Vergleich zum Monatsdurchschnitt der 12 Monate bis Februar 2022 um 168 Millionen Pfund (66,9%) gesunken.
- Die Ausfuhren der meisten Waren nach Russland waren rückläufig, wobei die Ausfuhren von Maschinen und Fahrzeugen um 118 Millionen Pfund (91,3%) zurückgingen.

- Die Ausfuhren von Chemikalien nach Russland nahmen im Juni 2022 leicht zu, was auf einen Anstieg der Ausfuhren von Arzneimitteln und pharmazeutischen Produkten, die aus humanitären Gründen von den Sanktionen ausgenommen sind, um 39,1 Mio. £ (61,8%) zurückzuführen ist.
- Der Hauptgrund für den Rückgang der Einfuhren aus bzw. der Ausfuhren nach Russland dürften die britischen Sanktionen sein, aber auch die „Selbstsanktionierung“, bei der die Händler freiwillig nach Alternativen zu russischen Waren suchen, dürfte ein Faktor sein.

Vollständiger Report:

[The impact of sanctions on UK trade with Russia - Office for National Statistics](#)

Veränderungen auf Sanktionslisten

Das britische OFSI hat Mikhail Vladimirovich Razvozhayev von seiner Russland-Sanktionsliste gestrichen und die Einträge für 15 Personen und 27 Einrichtungen geändert. Die Änderungen umfassen:

Anpassungen in der Listung von Roman Arkadyevich Abramovich;
Umwandlung der Einträge für 13 Personen und 26 Einrichtungen von dringenden in Standardlisten;
Hinzufügung weiterer Informationen zur Begründung für Baikal Electronics JSC;
Berichtigung des Eintrags für Vladimir Olegovich Potanin.

[Notice Russia 230822.pdf \(publishing.service.gov.uk\)](#)

Neue General-Licences unter anderem für Bankgeschäfte

Das Office of Foreign Sanctions Implementation OFSI hat diese Woche zwei General Licences (GLs) gemäß den Russia (Sanctions) (EU Exit) Regulations 2019 erteilt:

INT/2022/1845976, "Crown Servants, Contractors & their Family Members" (Bekanntmachung), die in Fällen, in denen die Immunität der Krone aufgrund der Nichtanwendung der Russland-Verordnungen auf die Krone nicht gilt, Folgendes gestattet:

-einen Kronbediensteten, einen Auftragnehmer, ein Familienmitglied oder ein besuchendes Familienmitglied, in ihrer persönlichen Eigenschaft in Russland Tätigkeiten auszuführen, die andernfalls durch die Regeln 11-15 und 17A der Russland-Verordnungen verboten wären;

-im Falle eines besuchenden Familienmitglieds erstreckt sich die oben genannte Erlaubnis nur auf die Tätigkeiten, die sich aus dem Aufenthalt in Russland ergeben, um den Haushalt eines Kronendienerers oder Auftragnehmers zu besuchen.

[Microsoft Word - Publication Notice Licence INT-2022-1845976 \(publishing.service.gov.uk\)](#)

INT/2022/2104808, "Bankgebühren" ermächtigt, die Zahlung von Dienstleistungsgebühren von Konten, die gemäß den Russland-Verordnungen eingefroren wurden, anzunehmen, die sich aus der routinemäßigen Führung dieser Konten ergeben. Dies erlaubt die Zahlung von rückständigen Servicegebühren, nicht aber die Zahlung an Banken, die unter die Russland-Sanktionen fallen. Sollten Zahlungen von Servicegebühren zu einer Steuerpflicht führen, können Zahlungen geleistet werden, um diese zu begleichen, und HMRC kann solche Zahlungen erhalten. Aufzeichnungen über Aktivitäten, die angeblich im Rahmen dieser Lizenz genehmigt wurden, müssen mindestens sechs Jahre lang aufbewahrt werden.

[Microsoft Word - 2022 08 22 Publication Notice - bank charges GL \(publishing.service.gov.uk\)](#)

Weitere OFSI-Maßnahmen:

Die russlandbezogene GL INT/2022/1280876 "Russische Banken - Tochtergesellschaften im Vereinigten Königreich - Tochtergesellschaft in Guernsey - Tochtergesellschaften in der EU - Grundbedürfnisse, routinemäßiges Halten und Instandhaltung, Zahlung von Rechtskosten und Zahlungen im Zusammenhang mit Insolvenzen" geändert, um die Tochtergesellschaft in Guernsey, VTBC Asset Management International Limited, und die Tochtergesellschaft in der EU, VTB Bank (Europe) SE (VTBE), sowie alle Unternehmen, die sich im Besitz der VTBE befinden bzw. von ihr kontrolliert werden, zu erfassen.

[INT.2022.1280876 Amended publication notice.pdf \(publishing.service.gov.uk\)](#)

Verlängerung der Russland-bezogenen GL INT/2022/1710676, "Fortführung der Geschäftstätigkeit der nordamerikanischen Tochtergesellschaften von Evraz Plc" (Bekanntmachung), die die Fortführung der Geschäftstätigkeit der nordamerikanischen Tochtergesellschaften von Evraz bis zum 31. März 2023 erlaubt.

[Microsoft Word - INT.2022.1710676 Publication Notice extension \(publishing.service.gov.uk\)](#)

Änderung der Verordnung INT/2022/2009156, "Zulässige Zahlungen an britische Versicherungsgesellschaften", um Zahlungen für Terrorismusversicherungen, Haftpflichtversicherungen für Immobilieneigentümer und Schadensvorbereitungsversicherungen an britische Versicherer von einem eingefrorenen Bankkonto zuzulassen und um britischen Versicherern den Empfang dieser Zahlungen zu ermöglichen. Dies gilt für alle autonomen Sanktionsregelungen des Vereinigten Königreichs, die in Anhang 1 des Globaldarlehens aufgeführt sind (siehe vorherigen Beitrag).

[Microsoft Word - INT-2022-2009156 Publication Notice Amendment \(publishing.service.gov.uk\)](#)

Schweiz

Der ehemalige ukrainische Präsident Viktor Fedorowytsch Janukowytsch und sein Sohn Oleksandr Wiktorowytsch Janukowytsch sind auf die Liste der Russland-Sanktionen der Schweiz gesetzt worden, nachdem die EU sie bereits am 4. August 2022 sanktioniert hatte. Die Begründungen für beide Benennungen sind identisch mit denen der EU: Viktor Janukowitsch soll an Operationen beteiligt gewesen sein, um den ukrainischen Präsidenten Selenskiy zu stürzen und durch sich selbst zu ersetzen, und Oleksandr Janukowitsch soll Geschäfte mit den Separatistengruppen in der ukrainischen Region Donbas getätigt haben.

[Ordinance on measures connected with the situation in Ukraine \(admin.ch\)](#)

Der Eintrag für Sergej Jurewitsch Kusowlew wurde ebenfalls geändert.

Hier die Suchmaske zur Schweizer Sanktionsliste:

[Suche nach Sanktionsadressaten \(admin.ch\)](#)

Kanada

Sanktionen gegen weitere 62 Russen

Kanada verhängt neue Maßnahmen gegen 62 enge Mitarbeiter des russischen Regimes, die an der Aggression des russischen Regimes gegen die Ukraine beteiligt sein sollen. Zu den sanktionierten Personen gehören hochrangige russische Regierungsbeamte, darunter russische Bundesgouverneure und Regionalchefs, deren Familienangehörige sowie hochrangige Beamte von derzeit aufgelisteten Unternehmen des Verteidigungssektors.

[Sanctions – Russian invasion of Ukraine \(international.gc.ca\)](#)

Neuseeland

Neue Listungen

Die neuseeländische Außenministerin Nanaia Mahuta gab gestern bekannt, dass eine Entität und 48 von Russland eingesetzte Beamte, die in den separatistischen Verwaltungen der nicht von der Regierung kontrollierten Gebiete der Oblaste Donezk und Luhansk tätig sind, in die neuseeländische Liste der Russland-Sanktionen aufgenommen wurden.

[Sanctions on Russian officials in occupied regions of Ukraine | Beehive.govt.nz](#)

Erst am 1. August 2022 verabschiedete Neuseeland die Russland-Sanktions-Änderungsverordnung (Nr. 8) 2022, in der 61 Einrichtungen benannt und unabhängige Armeen/Abteilungen der russischen Streitkräfte als eine Klasse von Einrichtungen hinzugefügt wurden, die unter die Sanktionen fallen.

[Russia Sanctions Amendment Regulations \(No 8\) 2022 \(SL 2022/218\) Contents – New Zealand Legislation](#)

7. Auswirkungen der Krise auf die Wirtschaft (Presseauswertung)

Kommersant

Kasachstan arbeitet an der Umsiedlung von mehr als 250 Unternehmen, die Russland verlassen haben

Die kasachischen Behörden arbeiten laut einem Bericht der russischen Wirtschaftszeitung Kommersant daran, 250 westliche Unternehmen, die Russland verlassen haben, auf den kasachischen Markt umzusiedeln. Dies gab der kasachische Premierminister Alikhan Smailov bekannt. Ihm zufolge haben bereits 45 ausländische Unternehmen beschlossen, sich auf dem Markt seines Landes niederzulassen.

„Wir führen diese Arbeiten jetzt im Rahmen der Umsiedlung durch. Bei den mehr als 250 Unternehmen, die den russischen Markt verlassen haben, handelt es sich hauptsächlich um westliche Unternehmen aus Nicht-Rohstoffsektoren. Wir haben eine Zielliste erstellt und Informationen darüber gegeben, dass Kasachstan daran interessiert ist, dass sie auf unserem Markt arbeiten“, sagte Smailov in einem Interview mit Tengrinews.kz. Der Premierminister ist der Ansicht, dass dies zu mehr Investitionsprojekten in Kasachstan führen wird.

Die kasachischen Behörden haben für jedes Unternehmen Arbeitsgruppen gebildet, die ihnen bei der Verlagerung helfen sollen, sagte er. Unter den Unternehmen, die planen, nach Kasachstan zu kommen, nannte Herr Smailov Skoda, GE Healthcare und Philips. Honeywell hat bereits eine Produktionsstätte in Almaty eröffnet. Im Juli wies der kasachische Präsident Kassym-Zhomart Tokajew die Regierung an, günstige Bedingungen für die Repatriierung ausländischer Unternehmen zu schaffen.

Deutsche Unternehmen schreiben über zehn Milliarden Euro ab

Seit Beginn des Kriegs in der Ukraine im Februar haben deutsche Unternehmen mehr als zehn Milliarden Euro im Zusammenhang mit ihren Geschäften in Russland abgeschrieben. Das zeigt eine Bilanzanalyse des Handelsblatts. Die Konzerne erwarten, dass ihre Vermögen in Russland oder dem verbündeten Belarus, wie Sachanlagen, Forderungen, Verbindlichkeiten und Wertpapiere, keine Erträge mehr bringen und sich nicht mehr rechnen werden. Deshalb werden sie aus der Bilanz gestrichen.

So hat der Gasversorger Uniper zwei Milliarden Euro im Zusammenhang mit der Ostseepipeline Nord Stream 2 und der russischen Kraftwerkstochter Unipro abgeschrieben. Verzeichnet wurden zudem Abschreibungen unter anderem von BASF(1,15 Mrd., Beteiligungen von Tochter Wintershall), Siemens (1,13 Mrd.) Linde (901 Mio.), RWE (748 Mio.), Munich Re (715 Mio.), Mercedes-Benz (709 Mio.) und Allianz (600 Mio.). Mit weiteren Abschreibungen wird in den kommenden Quartalen gerechnet.

Mercedes sucht Käufer

Mercedes-Benz will seine Fabrik in der Stadt Esipowo bei Moskau verkaufen. Dies berichtet die Tageszeitung Kommersant unter Berufung auf Quellen in der russischen Automobilindustrie. Als Interessent wird u. a. die russische Automobilholding Avtodom genannt, die sich auf den Verkauf und Service von Luxus- und Premiumfahrzeugen spezialisiert hat. Zudem sei auch die Moscow Region Development Corporation an den Verhandlungen beteiligt. Mercedes-Benz erklärte gegenüber Kommersant, dass man aktuell verschiedene Optionen hinsichtlich der Geschäftstätigkeit in Russland prüfe, stellte aber klar, dass noch keine konkreten Entscheidungen getroffen worden seien.

Bosch sucht Käufer in Russland

Im April 2022 hatte der deutsche Technologiekonzern Bosch angekündigt, sein Russland-Geschäft stark zurückzufahren, sich jedoch nicht komplett vom russischen Markt zurückziehen zu wollen. Laut russischen Presseberichten sucht das Unternehmen angeblich jetzt doch nach einem Käufer für seine zwei russischen Werke in Strelna nahe Sankt Petersburg. Informationen der Tageszeitung Kommersant zufolge, gelten chinesische oder türkische Anbieter als die wahrscheinlichsten Kandidaten für eine Übernahme. Bosch hatte in Russland vor Beginn des Ukraine-Konflikts rund 3.500 Mitarbeiter beschäftigt

[Больше тут не Bosch – Газета Коммерсантъ № 152 \(7353\) от 22.08.2022 \(kommersant.ru\)](#)

NTV

Citigroup beendet Russland-Geschäft

Der US-Finanzkonzern Citigroup hat nach bislang vergeblichen Verkaufsversuchen angekündigt, mit der Abwicklung seines Filialgeschäfts in Russland zu beginnen. Citi teilte mit, 15 Niederlassungen mit rund 2300 Beschäftigten im Land zu schließen.

Das Geldhaus hatte bereits 2021 angekündigt, sich aus Russland zurückziehen zu wollen. Nach dem Einmarsch in die Ukraine - als viele andere Banken ihre Geschäfte in Russland stoppten - verkündete Citi im Frühjahr, die Bemühungen zu intensivieren.

Allerdings findet die Bank keine Käufer für ihr Russland-Geschäft, das sich durch den Krieg und Sanktionen zum Problem entwickelt hat. "Wir haben in den vergangenen Monaten mehrere strategische Optionen ausgelotet", sagte Citi-Managerin Titi Cole nun. Angesichts „vieler erschwerender Faktoren“ sei inzwischen aber klar, dass die Abwicklung des Geschäfts am meisten Sinn mache. Die US-Bank rechnet mit Kosten von 170 Millionen Dollar in Verbindung damit, die jedoch über die nächsten 18 Monate gestreckt anfallen dürften.

Triumph schließt Läden

Der deutsch-schweizerische Wäschehersteller Triumph zieht sich laut einem Bericht des „Kommersant“ bis Jahresende aus Russland zurück. Laut Angaben von Brancheninsidern habe Triumph wegen Lieferproblemen begonnen, seine russischen Läden zu schließen. Das seit 1995 in Russland tätige Unternehmen hat laut mehr als 40 Standorte im Land.

[У России выходит Triumph – Газета Коммерсантъ № 154 \(7355\) от 24.08.2022 \(kommersant.ru\)](https://www.kommersant.ru)

Luxemburger Wort

Europas Abhängigkeit von russischem Uran (LW)

Dass die Russland-Sanktionen die Uranlieferungen in die EU nicht berühren, ist ein Thema, das die EU-Kommission lieber nicht anspricht.

Europa ist nicht nur von russischen Erdgas- und Ölimporten abhängig: 20,2 Prozent der Uran-Importe in die EU kamen 2020 aus Russland und weitere 19,2 Prozent aus Kasachstan, einem Alliierten von Russland. In der EU gibt es zudem 18 Atomkraftwerke, die nur mit sechseckigen russischen Brennelementen betrieben werden können. Darauf weist der DP-Abgeordnete Max Hahn hin.

Der luxemburger Energieminister Claude Turmes bestätigt, dass Russland laut Euratom Supply Agency (ESA 2021) der drittgrößte Lieferant von Uran in die EU ist. Vor allem Bulgarien, Tschechien, Finnland, Ungarn und die Slowakei seien betroffen. „Im Gegensatz zum Embargo für russische fossile Brennstoffe wurde von der EU-Kommission seit Beginn des Krieges sehr wenig thematisiert, dass die Abhängigkeit von russischen Uranlieferungen reduziert werden soll“, schreibt der Minister.

Es gebe im Moment auch keine Sanktionen gegen russische Importe von Kernbrennstoff für zivile Zwecke in die EU. „Die EU-Kommission hat in ihrer Strategie REPowerEU vom Mai 2022 lediglich darauf hingewiesen, dass man Diversifizierungsoptionen prüfen müsste und den betroffenen EU-Mitgliedstaaten zugesichert, sie dabei zu unterstützen.“

Euractiv

Russland setzt auf Öllieferungen nach Asien und Griechenland

Auf Druck westlicher Sanktionen exportiert Russland mehr Heizöl nach Asien und nutzt Schiff-zu-Schiff-Transfers, um größere Ladungen für entfernte Märkte zusammenzustellen, wie Händler und Daten des Unternehmens Refinitiv berichten.

Die Europäische Union hat die Einfuhren russischer Ölprodukte seit März reduziert und ein vollständiges Verbot ab Februar 2023 beschlossen.

Im August gingen die Ölexporte aus Russland in die Niederlande und nach Estland auf Null zurück, nachdem sie im Juli noch bei 365.000 Tonnen bzw. 170.000 Tonnen gelegen hatten, so die Daten von Refinitiv.

In der Zwischenzeit könnten die Heizöllieferungen von russischen Häfen nach Singapur in diesem Monat 350.000 Tonnen übersteigen, nachdem im Juni und Juli keine Lieferungen erfolgten, so die Daten.

Die Exporte für die Verladung von Schiff zu Schiff (STS) vor dem griechischen Hafen Kalamata sind im Vergleich zum Vormonat um ein Viertel auf fast 1 Million Tonnen gestiegen.

Letzten Monat sagten Marktquellen der Nachrichtenagentur Reuters, dass die EU die Einfuhr und den Transit von Öl aus Russland etwa sechs Monate früher als geplant – ab dem 10. August – verbieten könnte, und zwar aufgrund dessen Aromatengehalt, der das Produkt dem Embargo-Zollcode 2707 unterwerfen könnte.

„Das Problem mit dem Code 2707 scheint ziemlich real zu sein“, sagte ein Händler.

In Singapur kann das Öl als Bunkertreibstoff verwendet oder in Supertankern der VLCC-Klasse gelagert werden. STS-Operationen ermöglichen die Beladung größerer Schiffe, was den Versand nach Asien billiger macht, so die Händler.

Während die Vereinigten Staaten und die EU Heizöl aus Russland verschmähen, nehmen die Lieferungen nach Asien und in den Nahen Osten sowie in einige afrikanische Staaten zu.

Der weltweit größte Ölexporteur Saudi-Arabien hat die Menge des importierten russischen Heizöls im zweiten Quartal mehr als verdoppelt, um die Kraftwerke für den steigenden Bedarf an Klimaanlage im Sommer zu versorgen und sein eigenes Rohöl für den Export freizugeben.

8. Informationen zur ukrainischen Wirtschaft - Beteiligungsmöglichkeiten

Ukrainische Staatsverschuldung wächst

Die Staatsverschuldung der Ukraine soll in den ersten sechs Monaten des laufenden Jahres auf rund 105 Milliarden US-Dollar gestiegen sein. Dies geht aus einem Bericht des Vorsitzenden des Steuerausschusses des ukrainischen Parlaments Danylo Hetmantsev, hervor. Nach der Ankündigung eines weiteren Zuschusses durch die USA in Höhe von drei Milliarden US-Dollar werden sich die Staatsschulden auf 68 Prozent des BIP erhöhen. Nach Berechnungen des Internationalen Währungsfonds könnte sich die Staatsverschuldung Ende 2022 gar auf 86 Prozent des BIP belaufen. Die Ukraine ist für die Gewährleistung der Zahlungsfähigkeit auf im starken Maße auf ausländische Transferzahlungen angewiesen.

Erster Zug mit Mais aus Ukraine in Rostock eingetroffen

Ein erster Zug mit 1200 Tonnen Mais aus der Ukraine ist am Dienstag am Getreideterminale Rostock (GTR) entladen worden, dies berichtet das Handelsblatt. Der 450 Meter lange Zug mit 21 Waggons kam am Vormittag an. „Es ist ein Testzug. Vier weitere sollen noch folgen“, sagte GTR-Standortleiter Jacob Lubig. Der Futtermais wurde an der ukrainisch-polnischen Grenze umgeladen und dann von der Güterbahn DB Cargo via Polen nach Rostock gebracht.

Noch ist unklar, wie lange der Mais in Rostock gelagert wird. Aufgrund des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine sind viele Exportwege für die dortige Landwirtschaft schwierig oder unmöglich geworden. Am Getreideterminale im Rostocker Überseehafen wird Weizen, Gerste und Mais per Schiene oder Straße angeliefert und dann per Schiff exportiert. Das meiste geht in den Nahen Osten, aber auch nach Nordafrika und in den Iran

Dpa:

43 Getreideschiffe seit Öffnung des Korridors in See gestochen

Seit der Einigung auf den Korridor für ukrainisches Getreide sind nach türkischen Angaben bis zum 17. August bereits 43 Schiffe in See gestochen. 25 davon hätten die Ukraine verlassen, 18 hätten sich auf den Weg zu ukrainischen Häfen gemacht, teilte das türkische Verteidigungsministerium am Donnerstag mit. Somit seien mehr als 622 000 Tonnen Getreide aus ukrainischen Häfen verschifft worden, hieß es.

Die UN und die Türkei hatten Ende Juli Vereinbarungen vermittelt, dass die Ukraine trotz des russischen Angriffskrieges wieder Getreide über ihre Schwarzmeerhäfen ausführen darf. Es wird geschätzt, dass mehr als 20 Millionen Tonnen Getreideerzeugnisse in der Ukraine lagern. Um die Vereinbarungen soll es auch bei dem am Donnerstag stattfindenden Treffen zwischen UN-Generalsekretär António Guterres, dem türkischen Staatschef Recep Tayyip Erdogan und dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj in Lwiw (Lemberg) gehen.

Wiederaufbau der Ukraine

Hier zwei Medienbeiträge zu Konzepten für den Wiederaufbau der Ukraine aus Deutschlandfunk und taz:

[Finanzielle Unterstützung der Ukraine: Geld, die ultimative Waffe - taz.de](#)

["Marshall-Plan" der EU - So soll die kriegszerstörte Ukraine wieder aufgebaut werden | deutschlandfunk.de](#)

Kooperationen mit der ukrainischen Wirtschaft

Unter dem folgenden Link finden Sie Kontakte zu über 100 ukrainischen Unternehmen, die trotz der Kriegslage für Kooperationen mit europäischen Unternehmen bereitstehen:

[Business for Ukrainian Services Companies | Directory of UA Companies \(bizforukraine.com\)](#)

Der ukrainische Energiekonzern **DTEK bietet einen Newsletter** an, der auch unter Kriegsbedingungen fortlaufend über die Lage auf dem ukrainischen Energiemarkt berichtet. Einen Link zur aktuellen Ausgabe finden Sie untenstehend. Bei Interesse an dem englischsprachigen Dienst wenden Sie sich gerne an:

Iryna Zdorevska, International Public Affairs, Tel: +38 044 581 93 63, Mobil: +38 050 388 77 05, E-Mail: ZdorevskaIV@dtek.com, Web: www.dtek.com

9. Hilfsaktionen

EU-Kommission dringt auf Freigabe von Hilfgeldern

Die EU-Kommission dringt nach Informationen des SPIEGEL darauf, dass die Mitgliedsstaaten Hilfgelder für die Ukraine freigeben. Weil die Behörde damit rechnet, dass die Wirtschaft des Landes wegen des Kriegs 2022 um rund 35 Prozent einbricht, würden „überlebenswichtige Export- und Steuereinnahmen fehlen“, sagte ein EU-Sprecher dem SPIEGEL. Deshalb müsse das Geld „so schnell wie möglich bereitgestellt werden“, damit Kiew seine Ausgaben decken könne. Die EU hat ihre Finanzausgaben bislang nur höchst unzureichend erfüllt. Im Frühjahr hatte Kommissionschefin Ursula von der Leyen Kiew Hilfen von neun Milliarden Euro versprochen. Davon haben die Mitgliedstaaten erst eine Milliarde Euro freigegeben. Beim Rest streiten die Finanzminister über Verteilungs- und Auszahlungsmodalitäten. Weil im EU-Etat keine Mittel mehr frei sind, müssten die Regierungen den Großteil der Hilfen – etwa Sicherheiten für Darlehen – aus ihren nationalen Etats bereitstellen. Nun hofft Brüssel, dass die Minister Anfang September die nötigen Beschlüsse fassen. Anderenfalls müsste die ukrainische Zentralbank Geld drucken, was die Inflation anheizen würde.

Gültigkeit ukrainischer Führerscheine in Deutschland

Der EU-Rat hat am 18. Juli 2022 die Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung besonderer und vorübergehender Maßnahmen, in Anbetracht der Invasion der Ukraine durch Russland, in Bezug auf von der Ukraine gemäß ihren Rechtsvorschriften ausgestellte Fahrerdokumente beschlossen.

[Die Verordnung Nr. \(EU\) 2022/1280 tritt am 27.07.2022 in Kraft.](#) Weiterführende Informationen des BMDV hier: [BMDV - Maßnahmen des BMDV zur Ukraine Krise im Detail \(bmvi.de\)](#)

Hilfsaktion des Ost-Ausschusses für Projekt in Czernowitz – Jetzt beteiligen!

Der Ost-Ausschuss ruft zu Spenden für das Projekt «**City of Goodness**» auf. Das **Wohltätigkeitsprojekt in Tscherniwzi** (Czernowitz) in der Westukraine bietet hilfsbedürftigen Familien mit Kindern soziale Hilfe und Unterkunft. Der Ost-Ausschuss hat bereits positive Erfahrungen bei der Zusammenarbeit mit dem Projekt gesammelt. Weitere Informationen zu dem Projekt finden Sie hier: [Місто Добра \(misto-dobra.com.ua\)](#).

Das Geld kommt zu 100 Prozent dem Hilfsprojekt zugute und dient dazu, eine zusätzliche Unterkunft für 100 ukrainische Flüchtlinge einzurichten.

Wir bitten Sie, die Spende auf folgendes Konto beim Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft zu überweisen:

Kontoinhaber: Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

Bank: Commerzbank AG

Kontonummer: 22 11 977

BLZ: 100 400 00

SWIFT-Code: COBADEFF

IBAN: DE9410040000221197700

Hinweis: Die Spenden gehen zu 100 Prozent an das Projekt „City of Goodness“ im westukrainischen Tscherniwzi. Die Abwicklung erfolgt über den Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft. Die Spenden werden dort gesammelt und dann an das begünstigte Projekt weitergeleitet. Bitte beachten Sie, dass der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft keine gemeinnützige Organisation ist und daher für die Spende keine Spendenquittung ausstellen kann. Für Rückfragen zur Abwicklung zum Projekt können Sie sich im Ost-Ausschuss gern an Herrn Stefan Kägebein, Regionaldirektor Osteuropa, unter s.kaegebein@oa-ev.de wenden.

EU-Kommission richtet Telefon-Hotline für Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine ein

Die Europäische Kommission hat eine spezielle Telefon-Beratung in ukrainischer und russischer Sprache eingerichtet, um denjenigen zu helfen, die vor der russischen Invasion in der Ukraine fliehen. Seit Ende März beantwortet die Kommission über das Europe Direct-Kontaktzentrum schriftliche Fragen in ukrainischer und russischer Sprache – nun ist dieser Dienst auch telefonisch erreichbar.

Die Helpline soll Menschen, die aus der Ukraine fliehen, helfen, indem sie ihre Fragen beantwortet und praktische Informationen bereitstellt, von den Bedingungen für die Einreise in die EU und das Reisen innerhalb der EU bis hin zum Zugang zu Rechten und Möglichkeiten wie Bildung, Arbeit oder Gesundheitsversorgung.

Die Helpline ist innerhalb der EU in ukrainischer und russischer Sprache unter der gebührenfreien Rufnummer 00 800 6 7 8 9 10 11 und außerhalb der EU unter der Nummer +32 22 99 96 96 zum internationalen Standardtarif zu erreichen. Die Helpline bietet auch einen kostenlosen Rückrufservice.

Weitere Informationen:

[Daily News 16 / 05 / 2022 \(europa.eu\)](#)

Schulmaterial für ukrainische Flüchtlinge in Polen - Hilfsaufruf

Wir möchten Sie auf ein Non Profit Projekt von Klett Polska aufmerksam machen, dass Integrationsschulhefte und Poster für geflüchtete Grundschüler aus der Ukraine produzieren

und spenden möchte. Wir würden uns freuen, wenn sich Unternehmen oder NGOs an den Produktionskosten beteiligen würden. Anbei finden Sie die Informationsmaterialien auf Polnisch sowie Informationen zu den Produktionskosten.

Bei Rückfragen wenden Sie sich gern direkt an: Michał Kulesza, Managing Director Klett Polska (m.kulesza@klett.pl). Wir stehen Ihnen für Rückfragen selbstverständlich ebenfalls zur Verfügung: a.stadnicki@oa-ev.de.

Unterstützung für die Ukraine – Übersicht über das Engagement des Ost-Ausschusses: #WirtschaftHilft

Der Ost-Ausschuss unterstützt dazu die Initiative #WirtschaftHilft, die von den Spitzenverbänden BDA, BDI, DIHK und ZDH ins Leben gerufen wurde. Dabei dient die Internetseite www.WirtschaftHilft.info als Informationsplattform für Unternehmen und Verbände sowie Hilfesuchende. Die Webseite bietet umfangreiche Informationen zu bedarfsgerechtem Spenden, Unterstützung für deutsche Unternehmen sowie die vorübergehende Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten. Im Rahmen der Initiative #WirtschaftHilft veröffentlicht die GHA – German Health Alliance Hilfsgesuche und -angebote für die Ukraine im medizinischen Bereich: [Humanitäre Hilfe für die Ukraine - GHA - German Health Alliance](#).

Weitere Hilfsangebote des Ost-Ausschusses

Gemeinsam mit seinen Mitgliedsunternehmen hat der Ost-Ausschuss darüber hinaus weitere Hilfsangebote ins Leben gerufen. Dazu wurde eine Task Force eingerichtet, um Fragen, Anliegen und Probleme rund um die Krisenlage in der Ukraine schnell zu bearbeiten. „Die Task Force koordiniert zudem die Hilfsangebote von Seiten der Wirtschaft für die Menschen in der Ukraine“, sagt Hermes. „Sie vermittelt unter anderem die Lieferung von Hilfsgütern, aber auch von technischer Ausrüstung in die Ukraine.“

Jobs für Flüchtlinge aus der Ukraine

Darüber hinaus hat der Ost-Ausschuss eine Koordinationsstelle eingerichtet, die ukrainischen Flüchtlingen Jobs bei deutschen Unternehmen in ganz Europa vermittelt. Erste Jobangebote finden Sie auf der Webseite www.jobs.gu-dp.com. Sollten Sie sich mit Ihrem Unternehmen hieran beteiligen wollen, wenden Sie sich bitte an Adrian Stadnicki, Regionaldirektor Mitteleuropa im Ost-Ausschuss, Tel: 030-206167 138, a.stadnicki@oa-ev.de.

Unterbringung von Flüchtlingen

Der Ost-Ausschuss unterstützt darüber hinaus die Arbeit von Rotary Deutschland und stellt aktuell Räumlichkeiten für den Krisenstab des Rotary Club Berlin Platz der Republik zur Verfügung. Der Club unterstützt mit dem Projekt „[Spaces for Ukrainian Refugees](#)“ die Organisation von Unterkünften direkt nach der Ankunft in Berlin, Deutschland und der EU.“

[Spaces for Ukraine - Rotary and Rotaract United for Ukraine](#)

Für Flüchtlinge: <https://forms.gle/U5x4s9CezacUcb4UA>

Für Gastgeber: <https://forms.gle/S6PwsNRGQq8KMTqH6>

Kontakt: info@rotary-platz-der-republik.berlin

Spenden für Hilfstransporte

Zusammen mit dem Deutsch-Ukrainischen Forum und der Deutsch-Ukrainischen Industrie- und Handelskammer unterstützt der Ost-Ausschuss die Hilfsaktion der Johanniter-Unfall-Hilfe, um Lebensmittel und andere Hilfsgüter an Bedürftige in der Ukraine zu verteilen. Die Johanniter bringen unter anderem Tausende von Hilfspaketen mit Lebensmitteln, Hygieneartikeln sowie medizinischem Material an die polnisch-ukrainische Grenze und in die Ukraine und versorgen ukrainische Krankenhäuser mit Medikamenten und medizinischem Verbrauchsmaterial, um auch die Versorgung für die Erkrankten und Verletzten sicherzustellen.

**Spendenkonto: Johanniter-Unfall-Hilfe e.V., BIC: BFSWDE33XXX,
IBAN: DE94 3702 0500 0433 0433 00, Bank für Sozialwirtschaft, Stichwort: SupportUkraine,**

Bei Fragen oder zur Weiterverbreitung relevanter Informationen zu Hilfsangeboten und Projekten Ihrerseits wenden Sie sich bitte an Stefan Kägebein (Tel: 030-206167 113, s.kaegebein@oa-ev.de) und Petya Hristova (Tel: 030-206167 155, p.hristova@oa-ev.de).

Europe-Direct-Kontaktzentrum nun auch in ukrainischer und russischer Sprache

Wie erfahre ich mehr über die EU-Hilfe für die Ukraine und über den vorübergehenden Schutz von Menschen, die vor der russischen Invasion der Ukraine fliehen? Welche Rechte ergeben sich daraus? Wo erhalte ich Hilfe? Welche restriktiven Maßnahmen wurden gegen Russland eingeleitet? Bei allen Fragen zur Solidarität der EU mit der Ukraine können sich Bürgerinnen und Bürger an das Europe-Direct-Kontaktzentrum (EDCC) der Kommission wenden, das ihnen als direkter Draht zur EU seit Donnerstag auch auf Ukrainisch und Russisch Antworten auf ihre Anliegen gibt. Ab Mitte April werden auch Telefonanrufe auf Ukrainisch und Russisch beantwortet.

Seit der russischen Invasion der Ukraine am 24. Februar hat das Europe-Direct-Kontaktzentrum als wichtiger Kommunikationskanal mit den Bürgerinnen und Bürgern mehr als 4.000 Fragen zum Krieg und zur Solidarität der EU mit der Ukraine beantwortet. Im letzten Jahr wurde zu 205.000 Fragen zu diversen EU-Themen Aufschluss gegeben. Unter anderem äußerten viele Bürgerinnen und Bürger ihre Meinung zu den Maßnahmen der EU und wollten wissen, wie sie Betroffenen aus der Ukraine helfen können.

Informationen zum EDCC: [Beantwortet Ihre Fragen \(europa.eu\)](https://europa.eu)

Ukrainischer Hilfsstab - Norddeutschland

Die ukrainische Gemeinde in Norddeutschland hat einen Hilfsstab aufgebaut und informiert zusammen mit dem ukrainischen Generalkonsulat Hamburg mit Pressemitteilungen über aktuelle Entwicklungen.

Kontakt:

[Hilfe für Ukraine - Ukrainischer Hilfsstab \(hilfe-ua.de\)](https://hilfe-ua.de)

[Call-Center - Ukrainischer Hilfsstab \(hilfe-ua.de\)](https://hilfe-ua.de)

Bundesfinanzministerium: Umgang mit Ukraine-Spenden

Das BMF hat eine Verwaltungsvorschrift für die steuerliche Handhabung von Spenden an die Ukraine veröffentlicht. Damit Unternehmen Spenden als Betriebskosten ansetzen zu können, ist laut BMF eine unmissverständliche Ausweisung als „Sponsoring“ notwendig:

https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Downloads/BMF_Schreiben/Weitere_Steuert_hemen/Abgabenordnung/2022-03-17-Stl-Massnahmen-Unterstuetzung-Ukraine-Geschaedigte.html



Hilfsangebote für Flüchtlinge aus der Ukraine

Unterkunftsangebote

I CAN HELP HOST

Wunderflats: [Furnished Apartments, Homes, Temporary housing - Rent on Wunderflats](#)

Rotary-Clubs europaweit: [Spaces for Ukraine - Rotary and Rotaract United for Ukraine](#);

For Refugees: <https://forms.gle/U5x4s9CezacUcb4UA>

For Hosts: <https://forms.gle/S6PwsNRGQq8KMTqH6>

Verkehr

- Infos zu Bahnfahrten für Geflüchtete: <https://www.bahn.de/info/helpukraine>
- Mitfahrgelegenheiten aus der Ukraine: <https://www.ukrainenow.org/refuge>

Informationen/Hilfsangebote

- Hilfsseite der Stadt Berlin: www.berlin.de/ukraine
- Hilfsmöglichkeiten für Freiwillige: <https://volunteer-planner.org>
- Organisation u.a. von Fahrten von Polen nach Deutschland, privaten Unterkünften in Berlin und weiteres: <https://linktr.ee/ukrainehelpberlin>
- Russische und ukrainische Telefonseelsorge: <https://www.diakonie-portal.de/themen/ehrenamt-freiwilligendienste/ehrenamt-und-engagement/telefon-doweria-telefon-doverija/>
- Hilfe für russischsprachige LGBTQ+-Menschen: <http://www.quarteera.de/>
- Freiwillige können sich eintragen für Übersetzungsangebote: <https://survey.lamapoll.de/Translators>
- Kostenlose Rechtsberatung: <https://www.rlc-berlin.org/>

- Informationen für Flüchtlinge aus der Ukraine und ehrenamtlich Helfende: <https://www.berlin.de/laf/ankommen/fluechtlinge-aus-der-ukraine/>
- Allgemeine und rechtliche Fragen: <https://berlin-hilft.com/ukraine/>
- Handout für Ankommende in Berlin: <https://www.dropbox.com/s/qub0hc1i3602ubg/Handout%20Arrival%20Ukr-Berlin%20Eng-RU-UA.pdf?dl=0>
- Direkte Hilfen an den Bahnhöfen – Vernetzung über Telegramgruppen: <https://docs.google.com/spreadsheets/d/1r8sn0eh7iPdob4YlxuOsZ9lnhQHm9AwcQF7WYQmcpa4/edit#gid=816090739>
- Hilfen des Bundesinnenministeriums für Flüchtlinge (D/Uk/Rus): germany4ukraine

Schienenbrücke der Deutschen Bahn in die Ukraine für Hilfstransporte

Seit einigen Tagen bietet die Deutsche Bahn in Zusammenarbeit mit der Ukrainischen Eisenbahn eine Schienenbrücke für größere Hilfslieferungen in die Ukraine an. Unternehmen, die sich hier mit größeren Mengen beteiligen wollen, wenden sich bitte an:

Tel. 030-720 220 640, Mail: schienenbruecke-ukraine@deutschebahn.com

https://www.deutschebahn.com/de/presse/pressestart_zentrales_uebersicht/DB-startet-Schienenbruecke-mit-Hilfsguetern-in-die-Ukraine-7342490

Materialwirtschaft/Logistik

Der Bundesverband Materialwirtschaft, Einkauf und Logistik BME hat einen Info-Point rund um den Konflikt in der Ukraine aufgebaut. Mehr Informationen dazu finden Sie hier:

[Info Point: Ukraine-Konflikt - BME e.V.](#)

Lebensmittel

BMEL: Es gibt eine Koordinationsstelle für Lebensmittelhilfen in die Ukraine Kontakt: E-Mail: info@lebensmittelhilfe-ukraine.de.

Medizinische Güter

Verbände der Arzneimittel- und Medizinproduktehersteller und des pharmazeutischen Großhandels bieten Unterstützung bei der Erbringung von Hilfsleistungen an. Die besondere Herausforderung besteht dabei darin, gespendete Arzneimittel und Medizinprodukte unter den dynamischen Bedingungen eines laufenden Krieges zu den Betroffenen in die Ukraine zu bringen. Um dies zu gewährleisten, arbeiten die Verbände mit dem [Deutschen Medikamenten-Hilfswerk action medeor e.V. \(action medeor\)](#) zusammen. Action medeor ist auf die Lieferung medizinischer Güter in Katastrophengebiete spezialisiert und verfügt über zuverlässige Partner in der Ukraine. Die Hilfsorganisation übernimmt selbst den Transport in die Ukraine, ihre Partner die Verteilung innerhalb des Landes, medeor konzentriert sich derzeit auf die Deckung eines großvolumigen Bedarfs in der Ukraine und bittet um Spenden in größerem Umfang.

[Sachspenden](#), idealerweise palettenweise, sollten medeor mitgeteilt werden.

Ansprechpartnerin ist Frau Noelia Martinez (Telefon: 02156 9788-144, E-Mail: ukraine@medeor.de). Im Gespräch mit den Hilfsorganisationen können die Details der Lieferung oder Abholung der Spenden geklärt werden.

Medeor übernimmt die notwendigen Formalitäten (u.a. Zollformulare), bittet jedoch darum, dass gespendete verschreibungspflichtige Arzneimittel im Fälschungsschutzsystem ausgebucht werden.

Bei großen Spenden medizinischer Güter (30 Paletten = 1 LKW-Ladung) kann die Spende direkt am Lager des Unternehmens vom ukrainischen Partner von action medeor abgeholt und in die Ukraine transportiert werden.

Mit der Spende von medizinischen Gütern und deren Verbringung außerhalb der Europäischen Union verbinden sich einige rechtliche Fragestellungen.

In Bezug auf Betäubungsmittel hat das Bundesministerium für Gesundheit am 6. März 2022 mit einer Allgemeinverfügung den Export in die Ukraine gestattet. In der Verfügung des BMG wird ferner klargestellt, dass Arzneimittel, die keine Betäubungsmittel sind, keiner Ausfuhrgenehmigung bedürfen; dies gilt auch für Medizinprodukte.

Mit Blick auf weitere Rechtsfragen regen die Verbände an, vor den jeweiligen Spenden Rücksprache mit den zuständigen Überwachungsbehörden zu nehmen.

Für Rückfragen stehen Ihnen die Ansprechpartner der Verbände gerne zur Verfügung. Selbstverständlich sind bei [action medeor](#), ebenso wie bei anderen Hilfsorganisationen, wie z.B. dem [Deutschen Roten Kreuz](#), auch Geldspenden willkommen.

Energiewirtschaft

Die energiewirtschaftlichen Verbände BDEW und VKU stehen mit BMWK und GIZ im Austausch zur Koordination von Unterstützung aufgrund von Hilfsersuchen ukrainischer Unternehmen der Energie- und Wasserwirtschaft. Die beiden Verbände haben hierzu eine Koordinierungsstelle gebildet.

Ansprechbar sind Annika Herzhoff, Fachgebietsleiterin (herzhoff@vku.de, 030 58580 389), Nadine Gerks, Bereichsleiterin (gerks@vku.de, 030 58580 170) und Dr. Jörg Rehberg, Fachgebietsleiter (joerg.rehberg@bdew.de, 030 300 199-1211). BG, Alexander Götz (VKU)

Kontakt für humanitäre Hilfe in der ukrainischen Regierung

Koordinationszentrale der ukrainischen Regierung für:

- humanitäre Hilfe von ausländischen Regierungen und internationalen Organisationen;
- Unterstützung der Militärverwaltungen und Gemeinden durch große ukrainische Unternehmen, ausländische Firmen und Ausländer;
- Unterstützung durch die Behörden auf Ersuchen der Militärverwaltungen und Gemeinden.

Internationale Organisationen, ausländische Unternehmen und Ausländer, bitte senden Sie Ihre Vorschläge zur Unterstützung hierhin:

iwanttohelpukrainians@gmail.com

Auf folgenden gemeinsamen Spendenaufruf der AHK/DIHK und des Ost-Ausschusses
möchten wir hinweisen:

Deutsche Wirtschaft hilft der Ukraine in diesen schweren Stunden!

Sehr geehrte Damen und Herren – Vertreter aus Wirtschaft, Kultur, Zivilgesellschaft in
Deutschland und der gesamten Welt!

In diesen dunklen Tagen ist es an der Zeit, dass die freie Welt die Menschen in der Ukraine
unterstützt.

Das Deutsch-Ukrainische Forum, der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft und die
Deutsch-Ukrainische Industrie- und Handelskammer rufen Sie auf, sich an der Hilfsaktion der
Johanniter-Unfall-Hilfe, um Lebensmittel und andere Hilfsgüter an Bedürftige in der Ukraine
zu verteilen.

Jetzt im Krieg ist die Not besonders groß. Viele Ukrainer sind auf der Flucht oder zuhause
von Versorgung abgeschnitten.

Gemeinsam mit einem großen Netzwerk ukrainischer Partner, mit welchem das Deutsch-
Ukrainische Forum seit Jahren Hilfspakete an Bedürftige in der ganzen Ukraine verteilt,
können wir helfen. Wir bitten Sie dazu um Spenden auf das Ukraine-Spendenkonto der
Johanniter:

Spendenkonto:
Johanniter-Unfall-Hilfe e.V.,
BIC: BFSWDE33XXX
IBAN: DE94 3702 0500 0433 0433 00
Bank für Sozialwirtschaft
Stichwort: SupportUkraine

[Website zum Spendenaufruf der Johanniter: Link](#)

Rotary hilft.



Wer Flüchtlingen aus der Ukraine eine Unterkunft geben kann schreibt an **info@rotary-platz-der-republik.berlin** eine Nachricht mit folgenden Angaben:

1. Country -
2. Name -
3. City/town -
4. Phone number (für WhatsApp?) -
5. Amount of people I can host -
6. For how long I can host -
7. What I can offer in addition -

Wahlweise PN auf Facebook/Insta/LinkedIn oder per WhatsApp an: +4917663332850.

@ROTARY.PLATZDERREPUBLIK

Weitere Links von Initiativen:

Spenden an Aktion Deutschland Hilft

[❤ Online Spenden - Spenden Sie hier . Aktion Deutschland Hilft \(aktion-deutschland-hilft.de\)](#)

MitOst-Spendenaktion für die Zivilgesellschaft

[#StandWithUkraine – MitOst](#)

Übersicht zu Hilfsangeboten/Möglichkeiten

Eine umfangreiche Vernetzungsseite der Ukraine-Hilfe mit zahlreichen Beteiligungsmöglichkeiten finden Sie hier:

[@ukrainehelpberlin | Linktree](#)

Haftungsausschluss:

Die Update-Inhalte werden mit größter Sorgfalt erstellt und stammen aus seriösen und öffentlich zugänglichen Quellen. Für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der Inhalte sowie für die im Update enthaltenen Links zu den externen Websites Dritter können wir jedoch keine Gewähr übernehmen.

Das Update ist für interne Zwecke der Abonnenten und die Mitglieder des Ost-Ausschusses bestimmt. Eine Weiterleitung sollte nur nach Rücksprache mit uns erfolgen und geschieht in Eigenverantwortung.

Kontakt:

Andreas Metz

Leiter Public Affairs | Director of Public Affairs

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

German Eastern Business Association

Postanschrift (Postal Address) | Breite Str. 29, 10178 Berlin

Besucheradresse (Visiting Address) | Gertraudenstraße 20, 10178 Berlin

T. +49 30 206167-120 | A.Metz@oa-ev.de

[Website](#) | [Newsletter](#) | [Disclaimer](#) | [Facebook](#) | [Twitter](#) | [LinkedIn](#) | [YouTube](#)

